

# solik aktuell



## Die Zukunft hat schon begonnen

Nach dem DGB-Kongress: Die Gewerkschaften wenden sich den prekär Beschäftigten zu. Von **Christian Kühbauch**

**A**uch wenn wir angesichts mancher menschenverachtenden Arbeitsbedingungen in den Entwicklungsländern in Deutschland scheinbar immer noch hervorragende Lebens- und Arbeitspraktiken haben, müssen wir auch hier feststellen, dass das klassische Normalarbeitsverhältnis erodiert; dass die frühere Ausnahme – prekäre Beschäftigung – mitten in Deutschland inzwischen schon in vielen Branchen zur Regel geworden ist.

Die Unternehmen haben die Chance erkannt, über Praktika oder Selbstständigkeit qualifizierte Arbeitskräfte mehr oder weniger zum Nulltarif zu erhalten. Auswüchse in einigen Branchen, wo ein Chef den Laden mit zehn Praktikanten schmeißt, sind keine Seltenheit mehr.

Die zunehmend gesplante Arbeitsgesellschaft geht vor allem auf Kosten der jungen Menschen, da sie neu sind auf dem Arbeitsmarkt – und ihre Rechte wesentlich leichter abgebaut werden können als die der integrierten Stammebeschäftigten.

**Deshalb liegt die Zukunft** der gewerkschaftlichen Arbeit darin, sich sowohl um die klassische Klientel als auch um die neu-



Gewerkschaften: Prekäre sichtbar machen (DGB-Jugend-Aktion, 1. April 2006, Berlin)

en Beschäftigtengruppen wie Zeit- und Leiharbeiter, befristet Beschäftigte, abhängig Selbstständige, Minijobber und Praktikanten zu kümmern. Gerade die Festangestellten müssen ein Interesse daran haben, dass die Gewerkschaften sich auch für die Prekären einsetzen: Schließlich tragen letztere dazu bei, zunehmend auch den Druck auf die Kernbelegschaften zu erhöhen, damit diese einer weiteren Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen zustimmen.

**Überall in Europa** haben die Gewerkschaften dies erkannt und wenden sich den »Prekären« zu. In Italien bieten die Gewerkschaften Einzelfallhilfe und Beratung an. In Großbritannien kümmern sich speziell ausgebildete *organiser* um die Belange der prekär Beschäftigten und in Deutschland hat die DGB-Jugend mit dem Projekt »students at work« reagiert – hier werden online studentische Jobber und Praktikanten beraten und binnen 48 Stunden an den

richtigen Ansprechpartner bei der richtigen Gewerkschaft vor Ort vermittelt.

Noch gestaltet sich der Prozess der Absicherung von Prekären schwierig – sie sind nicht einfach mit Reden in großen Werkshallen anzusprechen, sondern sie sitzen verteilt mit ihren Problemen in den Agenturen, den Architekturbüros oder gar zu Hause.

Zunehmend entwickeln aber auch prekär Beschäftigte ein Bewusstsein für kollektives gewerkschaftliches Handeln – dies zeigt sich an den vielen kleinen Initiativen, die Betroffene über das Internet zum Teil mit Unterstützung der Gewerkschaften gegründet haben.

**Die Zukunft hat schon begonnen** – und auf die Gewerkschaften kommt genug Arbeit zu, in den jetzt entscheidenden Jahren nach dem DGB-Bundeskongress. **S**

Mehr zum Thema auf Seite 3.

Christian Kühbauch ist Bundesjugendsekretär des DGB.



### INHALT

#### 3 *ausbildung + beruf*

Das wachsende Prekariat: Vor allem Jugendliche und Frauen sind gemeint

#### 4 *projekte*

Korrekte Haltung: DJI-Studie zur Hauptschule

Daten und Fakten: Wissen für Arbeitsmarktstatistik-Anwender

Dokumente gegen rechts: Antirassistische Projekte online

#### 5 *thema*

Adidas? Asi das! DGB-Jugend attestiert Sportausrüster miserable Ausbildungsquote

#### 6 *jav-ratgeber*

Sitzenbleiber aufgepasst: Schlechte Noten in der Zwischenprüfung

#### 7 *landesbezirke + gewerkschaften*

»Die stehen hinter uns«: Interview mit Jochen Dahm (ABS) zum Verhältnis Studierende – Gewerkschaften

Berlin: Parlamentarischer Abend der DGB-Jugend

### DR. ANTIFA

## Beratung + Kompetenz

Es gibt eine neues antirassistisches Internetprojekt: »Basta«: Hier bekommen Jugendliche Ratschläge und Unterstützung, wenn sie mit Gewalt und Extremismus zu tun bekommen. Die Beratungsangebote im Chat, per E-Mail oder im Forum sind kostenlos, anonym und werden von Experten durchgeführt.

[www.basta-net.de](http://www.basta-net.de)

## Ausbildungsquote



Herr Frank

**DGB-Jugend empört** ■ »Erneut« scheint das Lieblingswort vom DGB-Referent für Ausbildungsfragen, **Marco Frank**, zu sein – seit Monaten schreibt er auf der DGB-Jugend-Internetseite: »Erneut ist die Zahl der bei der BA (Bundesagentur für Arbeit) gemeldeten betrieblichen Ausbildungsplätze im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen.«

Diesmal um 3,1%. Gleichzeitig nahm die Zahl der Ausbildungsplatzbewerber bundesweit im Vorjahresvergleich um 2,2% zu. Das bedeutet: Immer mehr Bewerber versuchen auf einem sich weiter verkleinernden Ausbildungsstellenmarkt einen Ausbildungsplatz zu ergattern. Die rechnerische Lücke zwischen Bewerbern und betrieblichen Ausbildungsplätzen beträgt für den März 279.313 und ist somit um ca. 25.100 Stellen größer als noch vor einem Jahr. »Erneut« lässt sich feststellen: Die Situation ist katastrophal!

Die kommentierten Ausbildungszahlen gibt's auf [www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de)

## Protestnote Sehr Gut

**Praktikanten** ■ 45.000 Personen haben vom 6. April bis Frist-Ende am 14. Juni 2006 die »Praktika-Petition« an den Bundestag unterzeichnet. Mit der Petition wird der Bundestag aufgefordert, sich der problematischen Situation von Praktikanten anzunehmen. Praktika von Hochschulabsolventen, die länger als drei Monate dauern und in dem Berufsbild abgeleistet werden, für das der Hochschulabsolvent ausgebildet wurde, sollen in ein reguläres Arbeitsverhältnis umgewandelt werden.

## Propaganda widerlegt

**Arbeitskosten** ■ Deutschland liegt bei den Arbeitskosten für die Privatwirtschaft im Mittelfeld der EU 15-Staaten – hinter den meisten nord- und westeuropäischen Industrieländern. 2004 mussten deutsche Arbeitgeber pro geleisteter Arbeitsstunde im verarbeitenden Gewerbe und im privaten Dienstleistungsbereich 26,22 Euro aufwenden. Höher liegen die Arbeitskosten in Dänemark, Schweden, Belgien, Luxemburg, Frankreich, den Niederlanden und Finnland – zwischen 30,70 Euro und 26,80 Euro pro Stunde. Das zeigt eine neue Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung. »Die Zahlen lassen die These abwegig erscheinen, Deutschland habe aufgrund zu hoher Arbeitskosten Wettbewerbsprobleme auf den Weltmärkten oder auf den heimischen Absatzmärkten«, sagt **Gustav Horn** vom IMK.

[www.boeckler.de](http://www.boeckler.de)

## Geld macht arm

**DSW zum Elterngeld** ■ Das von der Bundesregierung geplante neue Elterngeld benachteiligt Studierende mit Kind. Darauf weist das Deutsche Studentenwerk (DSW) hin. Bisher konnten Studierende mit Kind für zwei Jahre Erziehungsgeld in Höhe von 300 Euro im Monat beziehen. Das neue Elterngeld in gleicher Höhe soll aber höchstens 14 Monate lang ausgezahlt werden – das sind 3.000 Euro weniger.

Laut der aktuellen DSW-Sozialerhebung haben derzeit 6% der rund zwei Millionen Studierenden Kinder; rund die Hälfte der Kinder ist unter drei Jahren alt.

[www.studentenwerke.de](http://www.studentenwerke.de)

## Ungerecht!

**DBJR zum Kindergeld** ■ Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) hat die Bundesregierung aufgefordert, die vorgesehene Absenkung der Altersgrenze für die Gewährung von Kindergeld nicht weiter zu verfolgen. Angesichts der im OECD-Vergleich niedrigen Zahl von Studierenden in Deutschland sei die geplante Absenkung des Kindergeldbezuges auf das 25. Lebensjahr und andererseits die Einführung von Studiengebühren in einigen Bundesländern das Gegenteil von Bildungsförderung. Das Studium werde wieder zu einem Privileg der Reichen.

[www.dbjr.de](http://www.dbjr.de)

## Früh und oft

**Drogen** ■ Experten warnen Jugendliche in Deutschland vor dem Genuss von illegalen Drogen und Alkohol! Nach Angaben der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) greifen Jugendliche immer früher zur illegalen Droge Cannabis. Das Einstiegsalter sei signifikant gesunken, von 17,5 Jahren Mitte der neunziger Jahre auf zuletzt 16,4 Jahre. Illegale Drogen gehörten heute zu den Alltagserfahrungen junger Menschen, so die Bundeszentrale.

[www.bzga.de](http://www.bzga.de)

## Für Behinderte

**BBiB-Empfehlung** ■ Der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) hat auf seiner Sitzung am 20. Juni 2006 in Bonn einstimmig eine Empfehlung zu neuen bundeseinheitlichen Rahmenrichtlinien für Ausbildungsregelungen für Behinderte nach § 66 Berufsbildungsgesetz und § 42m Handwerksordnung verabschiedet. Der Hauptausschuss des BIBB hat die gesetzliche Aufgabe, die Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Berufsbildung zu beraten.

[www.bibb.de/de/25856.htm](http://www.bibb.de/de/25856.htm)

## Mehr Schutz

**Kündigungsrecht I** ■ Die große Mehrheit der Deutschen steht zum Kündigungsschutz: 48% möchten die bestehenden Regelungen behalten, 19% sie sogar ausbauen, ergab ein von der Hans-Böckler-Stiftung gefördertes Projekt. Arbeitslose plädieren zu einem knappen Drittel sogar für einen Ausbau des Kündigungsschutzes.

[www.boeckler.de](http://www.boeckler.de)

## Weniger Frist

**Kündigungsrecht II** ■ Sechs Monate nach Ablauf der Klagfrist gibt es keine rechtliche Möglichkeit mehr, noch Kündigungsschutzklage zu erheben. Das hat das Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz entschieden. Nach geltendem Recht müsse eine Kündigungsschutzklage grundsätzlich innerhalb von drei Wochen nach der Kündigung erhoben werden. Diese Frist könne verlängert werden, wenn sie der Arbeitnehmer ohne eigenes Verschulden versäume. Nach sechs Monaten sei jedoch im Interesse der Rechtssicherheit keine nachträgliche Zulassung der Klage mehr möglich, so die Richter.

LAG Rheinland-Pfalz, Az.: 8 Ta 302/05

## Kramer empfiehlt

**Zentralrat der Juden** ■ Der Zentralrat der Juden in Deutschland hat einen Neubeginn bei der Vermittlung des Themas Nationalsozialismus gefordert. Dabei gebe es Mängel nicht nur in Schulen, sagte der Generalsekretär des Zentralrats, **Stephan Kramer**. Auch in anderen Bereichen der Gesellschaft liege »viel brach«. Er schlug in diesem Zusammenhang vor, den Teilnehmerkreis des »Bündnisses für Erziehung« von Bundesfamilienministerin **Ursula von der Leyen** (CDU) um Lehrer, Gewerkschaften, Polizei, Anwälte und Elternverbände zu erweitern.



Herr Kramer

## Mehr Standards

**ILO-Konferenz** ■ Auf der 95. Internationalen Arbeitskonferenz, die Mitte Juni 2006 in Genf stattfand, haben die 178 ILO-Mitgliedsstaaten unter anderem neue Arbeitsschutzstandards und Empfehlungen über Arbeitsverhältnisse sowie Maßnahmen gegen Zwangsarbeit in Myanmar beschlossen. Außerdem wurde eine neue Rahmenkonvention über Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz verabschiedet.

[www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/aktuelles\\_iaj2006ende.htm](http://www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/aktuelles_iaj2006ende.htm)

# Das wachsende Prekariat

**Der Begriff »prekär« ist in aller Munde. Mal Mode-, mal Kampfbegriff, mal Fachsprache. Vor allem Jugendliche und Frauen sind gemeint, wenn vom Prekariat die Rede ist. Von Jessica Heyser**

**V**ereinfacht heißt prekäre Beschäftigung: unsichere und unterbezahlte Arbeit. Aber auch der subjektive Aspekt spielt eine wichtige Rolle. Wenn sich jemand bewusst dafür entscheidet, freischaffend tätig zu sein und damit erfolgreich ist, würde man seine Arbeitssituation kaum als prekär bezeichnen. Menschen jedoch, die in unsichere, schlecht bezahlten Jobs gedrängt werden, befinden sich häufig in einer »prekären Situation«.

**Wer ist das Prekariat? Die hochqualifizierte Dauer-Praktikantin, die bereits zum dritten Mal umzieht...**

**Doch wer verbirgt sich konkret hinter**

dem so genannten Prekariat? Es ist der Leiharbeiter, der bei einer besseren Auftragslage für drei Monate eingestellt wird, um gemeinsam mit den Stammarbeitern, aber für wesentlich weniger Gehalt im Schichtdienst zu schaffen. Es ist die hochqualifizierte Dauer-Praktikantin, die in diesem Jahr bereits zum dritten Mal umzieht, in der Hoffnung, über dieses neue Praktikum endlich den Berufseinstieg zu schaffen. Es ist die junge Mutter, die nach der Babypause Schwierigkeiten hat, in ihrem alten Beruf eine Arbeitsstelle zu finden und die nun auf Minijob-Basis im Supermarkt aushilft.

So heterogen die Gruppe der »Prekari« ist, so ähnlich sind doch ihre Probleme: Sie können sich nicht ausruhen. Sie sind die ersten, die bei einer Krise entlassen werden, sie sind »Mädchen/Junge für alles«, Lückenbüsser. Sie können weder ihre berufliche noch ihre familiäre Zukunft planen.

Auch wenn das Loblied auf den flexiblen Menschen seitens der Politik nicht verstummt, werden die Prekari, obwohl sie sich ständig auf neue Bedingungen einstellen müssen, für ihre Arbeit nicht gewürdigt. Denn gesellschaftlich erstrebenswert und damit auch angesehen ist immer noch das klassische Normalarbeitsverhältnis.

**Die Zahlen belegen,**

dass immer mehr Menschen in »Nicht-Norm-Arbeitsverhältnissen« und damit potenziell prekär arbeiten. Zwischen 1991 und 2005 sind in Deutschland über sechs Millionen Vollzeitstellen verlorengegangen – viele dieser Vollzeitstellen wurden in sozialversicherungsfreie Teilzeittellen umgewandelt oder outgesourct. Darum sind gleichzeitig die Anteile geringfügiger Beschäftigung und Selbstständigkeit deutlich gestiegen. Besonders häufig sind Frauen und junge Menschen von



Stellenbeschreibung: Vollzeitpraktikant. Lückenbüsser mucken auf (DGB-Jugend-Aktion, 1. April 2006)

prekären Beschäftigungsverhältnissen betroffen.

Von den erwerbstätigen Frauen sind 47 Prozent in Nicht-Norm-Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Das liegt allerdings auch daran, dass die Norm und damit auch das, was als Normarbeitsverhältnis definiert wird, zumeist am männlichen Standard orientiert ist.

Es ist zwar keine neue Entwicklung, dass Frauen Teilzeit arbeiten – jedenfalls nicht in den alten Bundesländern. Es ist aber neu, dass sich der Standard dieser Arbeitsverhältnisse immer weiter nach unten entwickelt: Sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung wird in Mini- und Midi-Jobs umgewandelt. Die Stundenlöhne sinken und sinken.

**...und die junge Mutter, die nach der Babypause auf Minijob-Basis im Supermarkt aushilft.**

**Genauso betroffen: die Jugend.** Der Berufseinstieg erfolgt überwiegend nur noch über prekäre Jobs oder un- bzw. unterbezahlte Praktika – wenn er im klassischen Sinne gelingt. Denn in immer mehr Branchen werden befristete Jobs, abhängige Selbstständigkeit oder Honorararbeiten zum Standard – und damit so genannte Patch-Work-Biografien der Menschen, die in diesen Bereichen arbeiten.

Prekäre Beschäftigung wirkt disziplinierend: Der einzelne Dauerpraktikant oder Leiharbeiter traut sich nur selten, aufzumucken und für seine Rechte einzustehen. Denn der Wunsch nach einer festen Stelle überschattet meist alles. Dabei müssen gerade hier solidarische Antworten gefunden werden. Es muss wieder klarer gesagt werden, was Kriterien für gute Arbeit sind – und sie müssen für alle eingefordert werden. **S**

Jessica Heyser ist politische Referentin beim DGB, Bereich Jugend.



## DAS PREKARIAT

### Miese Jobs, mieses Leben

Der französische Sozialwissenschaftler Robert Castel stellte den Begriff »Prekariat« im Jahr 2000 zum ersten Mal ins Zentrum seiner Theorie über die zeitgenössische Arbeitsgesellschaft. Nach Castel spaltet sich diese drei Zonen auf: Die »Gewinner« mit geschützten Normarbeitsverhältnissen befinden sich in der »Zone der Integration«. Die, die jeglichen Anschluss verloren haben wie z.B. die protestierenden Jugendlichen in den Banlieues, siedelt Castel in einer »Zone der Entkopplung« an.

Doch dazwischen gibt es eine weitere Zone, eine die immer weiter expandiert: die »Zone der Prekarität«. Hier findet sich eine Mischung aus unsicheren Jobs wie Leiharbeit, Mini- und Gelegenheitsjobs, abhängige Selbst-

ständigkeit, befristete Beschäftigung und Beschäftigungsverhältnisse mit Armutslöhnen. Castels These: Auch die »Zone der Integration« ist von der Expansion des Prekariats betroffen. Denn die »Beschäftigten des Prekariats« üben schon allein durch ihre Präsenz Druck auf die Stammebelegschaften aus. Die können dann schon mal sehen, wie leicht sie durch billigere, flexiblere Arbeitskräfte ersetzbar sind. **S**

Literatur: Robert Castel: *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit.* UKV Universitätsverlag, Konstanz 2000, 416 S., 34 Euro

Klaus Dörre u.a.: *Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse.* Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Migration und Integration, Bonn 2006, 103 S., im Download: <http://library.fes.de/pdf-files/asfo/03514.pdf>.

Weitere Infos: [www.generation-p.org](http://www.generation-p.org), [www.werkstadt-dortmund.de/werkstadt/fair/index.php](http://www.werkstadt-dortmund.de/werkstadt/fair/index.php)

# Korrekte Haltung ist da

**Von wegen »Null Bock«: Eine Studie des Deutschen Jugendinstituts attestiert HauptschülerInnen Engagement.**

**D**ie Hauptschulen – spätestens seit den Ereignissen um die Berliner Rütli-Schule sind sie Gegenstand der Medienberichterstattung. Gezeichnet wird meist ein Bild von desinteressierten, unflexiblen SchülerInnen, die dann auch meist noch gewalttätig sind. Aber was sagen die, die jeden Tag in die Hauptschule gehen müssen?

Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) hat in einer Studie die Haltung von HauptschülerInnen untersucht. Im Jahr 2004 wurden 3.000 Betroffene befragt. Sie befanden sich in der Abschlussklasse und waren im Schnitt 16 Jahre alt. Über die Hälfte stammt aus Zuwandererfamilien.

Den Befragten waren schulische Probleme nicht unbekannt – knapp die Hälfte hat zumindest eine Klasse wiederholt. Dennoch zeigen sie überwiegend positive Haltungen gegenüber Schule und ihren Mit-Innassen. Zwei Drittel interessieren sich für viele Fächer, 82 Prozent fühlen sich von den Lehrkräften ernst genommen, 91 Prozent

verstehen sich gut mit ihren MitschülerInnen. Insgesamt ist eine positive Grundhaltung gegenüber der Schule festzustellen.

**Im Mittelpunkt des Interesses** steht die Frage, wie es nach der Schule weitergeht. Und die SchülerInnen bereiten sich durchaus darauf vor: 97 Prozent haben mindestens ein Praktikum absolviert, 68 Prozent zwei bis vier. Über zwei Drittel haben in der Schule geübt, Bewerbungsunterlagen zu erstellen. Ein Viertel wäre bereit, für eine Lehrstelle bundesweit in eine andere Stadt zu ziehen, die Hälfte wäre zu einem Umzug in der Region bereit.

Der Anteil der Jugendlichen, die hoffen, nach der Schule eine Ausbildung absolvieren zu können, sank von März bis Juni 2004 von 47 auf 40 Prozent. Parallel steigt der Wunsch, weiter zur Schule zu gehen, um einen besseren Abschluss zu erlangen, von 25 auf 37 Prozent.

**Die Jugendlichen** schätzen ihre Situation offenbar nüchtern ein. Tatsächlich hatten dann im November 2004 27 Prozent eine Lehre begonnen, 33 Prozent gingen weiter zur Schule. In der Berufsvorbereitung landeten 28 Prozent.

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass es keine Anhaltspunkte für eine generelle oder verbreitete »Null Bock«-Haltung unter den HauptschülerInnen gibt.

Zum Anschluss der DJI-Studie heißt es: »Das Ziel wäre es, alle Jugendlichen mindestens zu einem Kompetenzniveau zu bringen, das eine Basis für eine Berufsausbildung bildet. Die Motivation, die Flexibilität sowie die Kompetenzen auf Seiten der Hauptschülerinnen und Hauptschüler müssten dies möglich machen.« [5]

Die Studie im Internet: [www.migration-online.de/studie\\_hauptschueler](http://www.migration-online.de/studie_hauptschueler)

## ARBEITSMARKTSTATISTIK

### Daten und Fakten

Jedes Jahr im Herbst vollzieht sich in Deutschland ein fast schon merkwürdig anmutendes Ritual – nämlich dann, wenn die statistischen Ergebnisse zur Entwicklung des Ausbildungsmarktes vorliegen. Was die eine Seite als Beleg für ein zwar knappes, aber noch ausreichendes Lehrstellenangebot interpretiert, ist für die andere Seite Beweis für einen aus den Fugen geratenen Markt, der einem großen Teil von ausbildungsreifen und –willigen Jugendlichen keine Perspektive mehr zu eröffnen vermag. Insbesondere dann, wenn die Versorgungsprobleme auf dem Ausbildungsstellenmarkt wachsen und die Schärfe der Auseinandersetzungen der verschiedenen Interessengruppen über Ursachen, Entwicklung und Ausmaß der Defizite zunimmt, sind Daten und Fakten gefragt, die zu einer Versachlichung der Diskussion beitragen.

Die Veröffentlichung »Forschung im Spannungsfeld konkurrierender Interessen. Die Ausbildungsstatistik und ihr Beitrag für Praxis, Politik und Wissenschaft« des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) beschäftigt sich mit den spezifischen Anforderungen und Möglichkeiten anwendungsorientierter Forschung am Beispiel der Ausbildungsmarktforschung und Berufsbildungsstatistik. Dabei steht im Mittelpunkt, welchen Beitrag die Forschung für die Politik leisten kann und welche Rolle dabei die Interessen der unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteure spielen.

Die Veröffentlichung wendet sich an diejenigen, die unmittelbar in die Erstellung und Analyse der Daten der Ausbildungsstatistik einbezogen sind, als auch an die Adressaten der Ergebnisse. [5]

Elisabeth Krekel, Alexandra Uhly, Ulrich, Gerd Joachim (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld konkurrierender Interessen. Die Ausbildungsstatistik und ihr Beitrag für Praxis, Politik und Wissenschaft*, W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld 2006, 64 S., 12,90 Euro

## Dokumente gegen rechts

**Die Ergebnisse der antirassistischen Projekte Entimon, Civitas und Xenos sind online abrufbar.**

**E**inen Überblick über die im Rahmen des Aktionsprogramms der Bundesregierung »Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« und seinen drei Teilbereichen Entimon, Civitas und Xenos entstandenen Ergebnisse bieten das DGB-Bildungswerk, Bereich Migration und Qualifizierung, und das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V. (IDA) auf ihren Websites an.

Die Sammlung der Materialien konnte in den Filmverleih des DGB-Bildungswerks integriert werden. Im Medienverleih werden verschiedene Medien (Bücher, Broschüren, Filme) mit ihren wesentlichen Inhalten sowie die Projektträger selbst vorgestellt.

Die Mediathek bietet also eine erste Auswahl von Materialien, die auch direkt über die Seite ausgeliehen werden können. Im Verlauf des Projektes soll die Verleihpräsenz in Sachen Antirassismus online laufend weiter ausgebaut werden.

Die Mediathek ist Bestandteil des Projektes Archivierung, Kommentierung und Ausleihe von Entimon-, Civitas- und optional Xenos-Materialien. Ziel: die Nachhaltigkeit der Projekte und ihrer Veröffentlichungen zu sichern und zu gewährleisten, dass die produzierten Print- und audiovisuellen Medien auch nach Auslaufen des Bundesprogramms einer breiten Fachöffentlichkeit zur Verfügung stehen.

[www.migration-online.de/medienverleih](http://www.migration-online.de/medienverleih),  
[www.idaev.de/projektarchiv.htm](http://www.idaev.de/projektarchiv.htm)

# Adidas? Asi das!

**Die DGB-Jugend und andere Jugendverbände haben herausgefunden: Der Sportausrüster Adidas hat eine miserable Ausbildungsquote.**

»Praktikantenstelle ist fest eingeplant und ersetzt eigentlich eine reguläre Stelle.«

*Bewertung eines Praktikums bei der Adidas Salomon AG Herzogenaurach am 25. August 2005 auf der Internetseite [www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de). »Bewerte dein Praktikum«*

»Wir sind ein internationales Unternehmen, das sozial und ökologisch verantwortungsbewusst handelt, kreativ ist und seinen Mitarbeitern und Aktionären finanzielle Attraktivität sichert.«

*Richtlinie der Adidas Salomon AG*

**G**rüne Gasballons ziehen ein Transparent in die Höhe: »Adidas soll ausbilden!« Die jungen Leute vor dem Berliner Fan-Tempel »Adidas – world of football« in Sichtweite des Kanzleramts in Berlin-Tiergarten tragen T-Shirts mit der Aufschrift »Asi das! Adidas muss ausbilden« und verteilen Protestkarten.

Die DGB-Jugend, die Grüne Jugend und die Jusos haben einen blinden Fleck beim Herzogenauracher Vorzeige-Unternehmen jenseits aller Dividendenmeldungen ausgemacht: die soziale Verantwortung. Adidas hat eine Ausbildungsquote von zwei Prozent. Sieben Prozent wäre passabel. Für eine Firma, die viel Geld mit den Konsumbedürfnissen vorwiegend junger Leute macht, eine miserable Bilanz. Damit hat der Sportartikel-Hersteller die niedrigste Quote der 30 im deutschen Aktienindex (DAX) geführten Unternehmen.

Nun sind Vertreter der Jugendorganisationen zusammengekommen, um an diesem Donnerstag, den 15. Juni 2006, mit einer gemeinsamen Aktion vor der Adidas-Arena, die in Berlin zwischen Fanmeile und Kanzleramt steht, auf diesen Missstand hinzuweisen.

Jahr um Jahr senken deutsche Unternehmen, darunter auch die DAX gelisteten Firmen, ihre wichtigste Zukunftsinvestition: die Ausbildung junger Menschen.

»Fußball, Adidas, Ausbildungsplätze – eine tolle Aktion«, findet Silvia Helbig, Referentin beim Bundesvorstand des DGB.

»Ich finde das richtig, das mal deutlich gemacht wird: Es gibt ein großes Unternehmen, das viel in Sport investiert, aber herzlich wenig in die Ausbildung«, sagt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehbrock, die vor das Kanzleramt gekommen ist.

Das Unternehmen selbst hat in einer Stellungnahme argumentiert, dass dort Traineeprogramme laufen und viele Praktikanten arbeiten. Auf Anfrage der DGB-Jugend hat Unternehmenssprecherin Anne Putz mitgeteilt: »Tatsächlich bildet Adidas in Deutschland jährlich mehr als 200 junge Menschen aus, wenn wir nicht nur die »klassischen« Ausbildungsplätze für Industriekaufleute, Einzelhandelskaufleute, Fachinformatiker oder Medien-Designer rechnen, von denen wir derzeit 41 im Unternehmen ausbilden, sondern alle BA-Stellen (Berufsakademie), Trainee-Stellen und Praktikumsplätze mitzählen, die ebenfalls immer Teil einer berufsvorbereitenden Ausbildung sind.« Dies entspreche einer Ausbildungsquote von acht Prozent.

Sehbrock kommentiert: »Der erste Skandal: Die Ausbildungsquote, die Adidas zu bieten hat. Der zweite Skandal ist: Traineeprogramme und Praktikanten wer-



*Ran an die Jugendmode – DGB-Jugend-Aktion am 15. Juni 2006 in Berlin*

den auch noch als Alibi angeführt! Das geht in die falsche Richtung. Es geht ja um reguläre Ausbildungsplätze, da kann mir niemand erzählen, dass Adidas nicht in mindestens zwei, drei oder vier Berufen ausbilden könnte.«

**Aufgedeckt** hat diesen Sachverhalt die Partei Bündnis 90/Die Grünen, deren Bundesvorsitzender Reinhard Bütikofer auch da ist. »Hier ist die gesamte Gesellschaft gefragt, Druck zu machen statt zuzuschauen«, sagt er.

Deshalb hat er die DAX-Unternehmen unter die Lupe genommen und erstmal sogar positive Beispiele gefunden: »Die Deutsche Bank und TUI haben eine Ausbildungsquote von elf Prozent. Das ist vorbildlich.« Am schlimmsten aber treibe es Adidas. Das Unternehmen mit 2.000 Mitar-

beitern in Deutschland stellt gerade mal 17 Lehrlinge im Jahr ein. Auch Infineon, Fresenius oder Continental schnitten mit unter vier Prozent schlecht ab. Angesichts der vielen mittelständischen Betriebe, die sich sehr anstrengten, sei das empörend.


»Adidas arbeitet mit ganz vielen Praktikanten«, erklärt Jessica Heyser, wie Helbig Referentin beim DGB. »Das ist aber nicht mit der dualen Ausbildung vergleichbar. Darüber hinaus ist Adidas als einziges Unternehmen aus der »Fair Company«-Zertifizierung geflogen!« – »Fair Company« ist eine Aktion der Zeitschrift »Junge Karriere« und bewertet Unternehmen in Sachen Qualität der Praktika.

Der DGB sähe gern eine gesetzliche Regelung der Ausbildungsproblematik. Sehbrock: »Wir sind nach wie vor für eine Umlagefinanzierung.«

Bütikofer räumt ein, dass seine Partei, als sie noch in der Regierungsverantwortung gewesen sei, zu sehr auf freiwillige Absprachen gesetzt habe und möchte sich jetzt auf »gesellschaftliche Aktion« verlassen: »Manchen muss man offenbar etwas Feuer unter dem Hintern machen: Mein Ziel ist, dass Manager sich nicht mehr trauen, Ausbildung zu vernachlässigen, weil sie gesellschaftlichen Druck fürchten müssen.« Für eine Ausbildungsplatzabgabe sieht er im Bundestag allerdings keine Mehrheit. »Am gesellschaftlichen Druck aber können sich alle beteiligen.«

## Bei der Jugendorganisation der Grünen

sieht man das mit der Umlage anders – Junge-Grüne-Sprecher Stephan Schilling: »Wir plädieren auch für eine Ausbildungsumlage, stellen aber fest, dass die große Koalition derzeit nicht gewillt scheint, sie einzuführen.« Deshalb habe man sich darauf gelegt, Druck auf einzelne Unternehmen auszuüben.

Juso-Chef Björn Böhning glaubt, dass die Ausbildungsplatzabgabe »dann eine Chance hat, wenn wir deutlich machen, dass reines Betteln um Ausbildungsplätze nicht wirkt.« 

*Die gemeinsame Stellungnahme von DGB-Jugend, Jusos und Jungen Grünen gibt's auf [www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de)*



# Sitzenbleiber aufgepasst

**Kann man beim Ausbildungs-verhältnis durchfallen? Schlechte Noten in der Zwischenprüfung sind in der Regel kein Kündigungsgrund.**

In vielen Firmen ist seit einigen Jahren der Trend zu beobachten, dass nach Möglichkeit »olympiareife« Belegschaften geformt werden: Durch eine ganze Palette von Maßnahmen wird versucht, so genannte *low performer* zu ermitteln und letztendlich loszuwerden.

Arbeitgeber und Personalverantwortliche erhalten in dieser Sache in der arbeitgebernahen Fachpresse und speziellen Seminaren zahlreiche Anregungen und Hinweise, wie dieses Ziel mit Hilfe von Kündigungen zu erreichen ist.

Wie sieht es aber nun mit dem Auszubildenden aus? Kann es ihnen bei angeblich schlechter Leistung während der Berufsausbildung auch an den Kragen gehen?

Im Gegensatz zu einem regulären Arbeitnehmer befindet sich ein Azubi in einer besseren rechtlichen Position: Das Berufsausbildungsverhältnis kann schließlich nur nach der Probezeit gekündigt werden, wenn ein »wichtiger Grund« vorliegt (§ 22 Abs. 2 Nr. 1 Berufsbildungsgesetz; BBiG).

**Sind Schlechtleistungen** nun als »wichtiger Grund« im Sinne dieses Paragraphen anzusehen? Zumindest nach der Auffassung des Arbeitsgerichts in Essen: nein.

In seiner Entscheidung vom 27. September 2005 (Az.: 2 Ca 2427/05) haben die Essener Richter noch einmal in Übereinstimmung mit anderen Gerichtsentscheidungen deutlich gesagt, dass bei der Beurteilung, ob ein wichtiger Grund vorliegt oder nicht, grundsätzlich nicht von den Prüfungsmaßstäben ausgegangen werden kann, die bei dem Arbeitsverhältnis eines erwachsenen Arbeitnehmers anzulegen sind. Strengere Anforderungen seien deshalb nicht gerechtfertigt, weil es sich bei den Azubis zu meist um ältere Jugendliche und Heranwachsende handelt, deren geistige, charakterliche und körperliche Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist. Dieser Umstand sei immer zugunsten der Azubis zu berücksichtigen.

In diesem Zusammenhang müsse – so die Essener Richter zu Recht – auch gesehen werden, dass es zu den Aufgaben des Ausbildungsbetriebs gehört, dafür zu sorgen,

dass der jeweilige Azubi charakterlich gefördert wird.

Darüber hinaus hat das Arbeitsgericht – auch ebenfalls in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung anderer Arbeitsgerichte – betont, dass das Interesse des Azubis an der Aufrechterhaltung des Berufsausbildungsverhältnisses mit fortschreitender Dauer der Ausbildung immer mehr an Gewicht gewinnt. Das bedeutet: Je länger das Ausbildungsverhältnis besteht und die Abschlussprüfung näher rückt, desto größer sind auch die Anforderungen an das Vorliegen eines wichtigen Grundes.

Von daher kann das Fehlverhalten eines Azubis kurz nach Ablauf der Probezeit andere Konsequenzen haben als das identische Fehlverhalten im dritten Lehrjahr.

**Weiterer wichtiger Hinweis** des Arbeitsgerichts Essen: Oberster Grundsatz bei der Beurteilung, ob ein wichtiger Grund vorliegt, ist, dass einmaliges Fehlverhalten bzw. Pflichtverletzung oder seltene Vorkommnisse im Normalfall nicht ausreichen, eine fristlose Kündigung zu begründen.

Erst bei einer Reihe von Pflichtwidrigkeiten, die für sich allein betrachtet noch kein wichtiger Grund sein muss, die aber den Schluss rechtfertigt, dass der Azubi das Ausbildungsziel nicht erreichen wird und Sinn und Zweck der Ausbildung in Frage stehen, kann eine fristlose Kündigung in Betracht kommen. Dies gilt aber nur dann, wenn der Azubi sein pflichtwidriges Verhalten trotz erfolgter Abmahnungen und ungeachtet der Anwendung stärkerer Erziehungsmittel fortsetzt und die Pflichtwidrigkeiten schwerer werden.

**Unter Berücksichtigung** dieser Grundsätze haben die Essener Richter ausdrücklich betont, dass schlechte Leistungen eines Azubis z.B. bei der Zwischenprüfung nur dann als »wichtiger Grund« betrachtet werden, wenn feststeht, dass das Bestehen der Abschlussprüfung absehbar gefährdet ist. Eine negative Zukunftsprognose ist erst dann gerechtfertigt, wenn der Azubi eine vorausgegangene einschlägige Abmahnung missachtet – hier der Fall: Der

Kläger absolvierte bei dem beklagten Ausbildungsbetrieb eine Maurer-Ausbildung. Das Ergebnis seiner Zwischenprüfung lautete:

Praktischer Teil:	<i>mangelhaft</i>
Schriftlicher Teil:	
Schwerpunktbezogene Aufgaben	<i>ungenügend</i>
Bauwerke im Hochbau	<i>ungenügend</i>
Wirtschafts- und Sozialkunde	<i>ausreichend</i>



Der JAV-Ratgeber.  
Mit Wolf-Dieter Rudolph

Der Ausbildungsbetrieb nahm das Ergebnis zum Anlass, eine fristlose Kündigung auszusprechen.

In diesem Fall vermochte das Arbeitsgericht keine grobe und schuldhafte Vertragsverletzung des Azubis festzu-

stellen. Es sei unzulässig, in einem so späten Stadium das Ausbildungsverhältnis mit der Begründung, dass der Azubi wegen seiner schlechten Leistungen mit hoher Wahrscheinlichkeit in der bevorstehenden Prüfung versagen wird, fristlos zu kündigen.

Vielmehr ergebe sich nach § 21 Abs. 3 BBiG (wonach sich bei Nichtbestehen der Abschlussprüfung das Berufsausbildungsverhältnis auf Verlangen des Azubis bis zur nächstmöglichen Wiederholungsprüfung höchstens um ein Jahr verlängert), dass die vorherige schlechte Leistung bei einem Azubi, der – wie hier – fast zwei Drittel der Ausbildungszeit absol-

viert hat, als wichtiger Grund nur dann in Frage kommt, wenn definitiv feststeht, dass das Bestehen der Abschlussprüfung ausgeschlossen ist. Eine solche negative Prognose dürfte aber üblicherweise nur schwer möglich sein.

**Vorsicht Falle:** Die Sache kann völlig anders aussehen, wenn der Ausbildungsbetrieb dem Azubi bereits eine Abmahnung wegen Schlechtleistung erteilt hat.

**Abschließender Hinweis:** Grundsätzlich stellen geringere Verfehlungen und Schwierigkeiten des Azubis – wie Unsauberkeit, Unaufmerksamkeit, Vergesslichkeit, schlechtes und störrisches Benehmen – keinen wichtigen Grund dar. Trotzdem sauber bleiben – das war jetzt kein Aufruf zur Schlamperei!

# »Die stehen hinter uns«

**Studentische Proteste: Gewerkschaften und Studierende müssen beim Thema Studiengebühren noch näher zusammenrücken, meint Jochen Dahm vom Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS).**

**Warum ist der Kampf gegen Studiengebühren so wichtig?**

Das wichtigste Argument: Studiengebühren werden die soziale Schieflage unseres Bildungssystem verschärfen und den letzten Rest Chancengleichheit beerdigen. Zugleich sollen sie Signalwirkung für andere Gesellschaftsbereiche haben: Sie sind Teil eines Gesellschaftsbildes, das die Errungenschaften von Sozialstaat, Teilhabe, Mitbestimmung und Studiengebührenfreiheit durch einen Gebührenstaat ersetzen will.

**Hat sich am Protestverhalten der Studierenden gegenüber früheren Demos etwas geändert?**

Die Aktionen sind offensiver und direkter geworden. Es muss aber auch gelingen, die so gewonnene Aufmerksamkeit auf unsere Ziele und Inhalte umzulenken.

**Wie verhält sich die Basis – das Gros der Studierenden?**

Immer mehr Studierende begreifen Studiengebühren als direkten Angriff auf ihre Zukunft und engagieren sich. Ich hoffe, dieser Trend zur Mobilisierung hält weiter an.

**Sind Aktionen auch in der vorlesungsfreien Zeit geplant?**

Ja, der Protest wird auch in den Semesterferien fortgesetzt werden. Vielleicht wird er etwas an Fahrt verlieren, aber die kann er zum Semesterstart wieder aufnehmen. Die Politik wird diesen Protest nicht einfach aussitzen können.

**Wie sieht die Perspektive für studentischen Protest aus?**

Studierende allein können mit ihrem Protest nicht viel erreichen. Wir müssen versuchen, die gesellschaftliche Mehrheit zu gewinnen und zu aktivieren. In Frankreich ist deutlich geworden, was dann möglich ist. Dazu müssen Studierende, Gewerkschaften und andere aber noch stärker zusammenarbeiten.

**Mittlerweile findet sich die Polizei immer öfters auf dem Campus ein. Backpfeifen und Verhaftungen hat es auch schon gegeben...**

Das ist ein großes Problem! Wir werden uns aber nicht einschüchtern lassen und gerichtlich dagegen vorgehen. Die Polizeige-

walt ist auch ein Ausdruck der Ohnmacht der Landesregierungen – sie haben Polizei, keine Argumente.

**Was erwarten Studierende von den Gewerkschaften?**

Erwarten ist vielleicht das falsche Wort. Die Gewerkschaften stehen zum Großteil schon hinter den Studierenden. Viele Gewerkschafter sind Mitglied im ABS. Der DGB hat auf seinem letzten Kongress richtungsweisende Beschlüsse getroffen. Die direkte Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Studierenden muss sich noch verbessern. Aber hier sind auch die Studierenden gefragt.

**Was können die Jugendorganisationen der Gewerkschaften tun?**

Sie können eine Schnittstelle zwischen Studierenden und Gewerkschaften bilden. Und es ist wichtig, dass sie weiter dafür sorgen, dass Studiengebühren innerhalb der Gewerkschaften als Problem erkannt werden.

Dass sie klar machen, dass Studiengebühren ein Problem sind, dass nicht nur Studierende, sondern alle angeht. ☒

*Jochen Dahm ist Geschäftsführer des ABS.*



## ERSTER PARLAMENTARISCHER ABEND DER DGB-JUGEND

### Gefühl für Jugendpolitik

Seinen ersten parlamentarischen Abend hat der Bereich Jugend beim DGB-Bundesvorstand am 22. Juni 2006 im Café der Plattenfirma Universal am Berliner Spreeufer veranstaltet. Ziel: Parlamentarier für die Interessen junger Leute zu sensibilisieren. Der Einladung waren ca. 75 Personen gefolgt, davon 30 aus dem gewerkschaftsnahen Spektrum des Bundestages – von CDA bis Linkspartei.

Zu Beginn erläuterte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock Begriff und Ausmaß der prekären Beschäftigung bei jungen Leuten. Bildung und akademische Abschlüsse in ehemals »sicheren« Studiengängen wie Betriebswirtschaft schützten nicht mehr vor Armut: Nach dem Studium fänden sich viele Absolventen in Praktikumsschleifen wieder. Es sei derzeit eher die Regel, nach dem Studium nicht in die Erwerbsarbeit zu kommen, so Sehrbrock. Es folgten nicht ein, sondern viele Praktika, die in der Regel unbezahlt seien.

Fazit: Hoch qualifizierte junge Leute gibt's derzeit für lau – und mit den Praktika verdrängen sie auch reguläre Arbeitsplätze. Überhaupt junge Leute: Laut einer Bertelsmann-Studie se-

hen 80 Prozent der Hauptschüler für sich in Deutschland keine Perspektive. Wie die Hochschulabsolventen im Praktikum Schleifen drehen, so verschwinden die anderen im Maßnahmen-Dschungel. Sehrbrocks Forderung: Im Berufsbildungsgesetz festzuschreiben, was Praktikanten und Volontäre dürfen und wie viel Geld sie bekommen.

Christian Kühbauch, DGB-Bundesjugendsekretär, beschrieb die Rolle der Gewerkschaften als Bindeglied zwischen Betroffenen und Politik. Aus der Arbeit mit den Service-Angeboten der DGB-Jugend, »Dr. Azubi« und »Students at Work«, bei denen junge Leute online bei arbeitsrechtlichen und ausbildungsrechtlichen Problemen beraten werden, ließen sich Koordinaten politischer Arbeit ableiten – so gebe es mittlerweile Kooperationen zwischen der DGB-Jugend und Vereinen wie Fairwork, die sich für »saubere« Praktika einsetzen.

Dass selbst der Öffentliche Dienst die prekäre Lage junger Menschen ausnutzt, schilderte die ehemalige Volontärin Silvia Herrmann\*: Nach Studium, Praktika und Auslandsaufenthalt habe sie ein Volontariat in einem Museum ergattert – wie ein Sechser im Lotto sei das gewesen. Ohne weiteres zog sie 600 Kilometer um. Nur um am ersten Arbeitstag zu er-

fahren, dass sie willkommen sei, aber den Job erst mal auf Ein-Euro-Basis machen könne.

Für den Ausbildungsbereich schilderte Elke Solms\*, Azubine einer Catering-Firma, Alltagsleid. Für 250 Euro Vergütung wochenlang putzen, massenhaft unbezahlte Überstunden, drei Wochen Durcharbeiten ohne Pause. Sie hat ihren Arbeitgeber aber verklagt, vor Gericht Recht bekommen und Nachzahlung ausstehender Vergütung erreicht. Ihre Gewerkschaft NGG hat sie dabei erfolgreich unterstützt.

Der parlamentarische Abend war der Auftakt zu einer Reihe weiterer Veranstaltungen, mit der die Gewerkschaftsjugend Parlamentarier für ihre Arbeit interessieren will. ☒

\* Namen von der Redaktion geändert



Engagement am Parlament: Ingrid Sehrbrock

**WEBTIPP DES MONATS**

»Junge Menschen geben viel Geld für ihr Handy aus und tappen oft in Kostenfallen. Daher ist altersgerechte Information über das Mobiltelefonieren und die finanziellen Folgen so wichtig. Denn nur wer die Risiken kennt, kann sich auch davor schützen«, meint Gerd Müller, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Könnte er recht haben! Er hat das »Handybooklet« finanziert, das junge Leute »über die Risiken des Mobiltelefonierens« aufklären soll. Gewerkschafter, Schuldner- und Insolvenzberater, Verbraucherzentralen, Schulen und Jugendeinrichtungen können das »Handybooklet« kostenlos über das Internet bestellen.



[www.handybooklet.de](http://www.handybooklet.de)

**! Zitat des Monats**  
»Es wäre besser gewesen, der Bär hätte sich vernünftig verhalten und eingegliedert.«



*Franz Emde, Sprecher des Bundesamtes für Naturschutz in Bonn, zu »Bruno«, dem bayrischen »Problembären«, der nach wochenlanger Jagd Ende Juni 2006 erschossen wurde.*

**+ Coole Links I:** Arbeitslosenzahlen für zu Haus! Die Bundesagentur für Arbeit bietet einen neuen Service an: den Hörfunkdienst. Auf der Internetseite [www.ba-audio.de](http://www.ba-audio.de) findet man komplette Beiträge zu den Themen der Bundesagentur, darunter auch immer die Rede des Vorstandsvorsitzenden während der monatlichen Pressekonferenz.



**+ Coole Links II:** Jugend fragt! Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat eine Große Anfrage an die Bundesregierung zum Thema Jugend gestellt – das sind insgesamt 230 Fragen zu 30 Themenfeldern. Mit Antworten!

*Die Große Anfrage als Download: [www.dbjr.de/index.php?m=16&id=176&](http://www.dbjr.de/index.php?m=16&id=176&)*

**+ Film bestellen:** Mit Unterstützung der IG BAU erforscht das gewerkschaftsnahe Peco-Institut die Geschichte der deutsch-polnischen Wanderarbeit. Die Ergebnisse gibt's jetzt auf der DVD »Wanderarbeit – Zwangsarbeit – Saisonarbeit«.

*Zu bestellen: Peco-Institut, Luisenstr. 38, 10117 Berlin, Tel.: 030 / 24 63 93 01 oder zu entleihen über [www.migration-online.de/filmverleih](http://www.migration-online.de/filmverleih)*

**+ Herbstakademie Globalisierung:** »Der G 8-Gipfel kommt nach Deutschland – are you ready?!« lautet der Titel der diesjährigen Herbstakademie Globalisierung, die gemeinsam von DGB-Jugend und Attac organisiert wird.

*29. September bis 3. Oktober 2006 in Flecken Zechlin. Anmeldung: [www.jugendbildungszentrum.de](http://www.jugendbildungszentrum.de), Stichwort »Politik«*

**IMPRESSUM**

*Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.*

**Verantwortlich für den Inhalt:**  
Ingrid Sehrbrock

**Herausgeber:**  
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: -409

**E-Mail:**  
[jkiontke@web.de](mailto:jkiontke@web.de)

**Internet:**  
[www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de)

**Druck:**  
PrintNetwork PN GmbH

**Redaktion:**  
Jürgen Kiontke

**Grafik:**  
Heiko von Schrenk

**Aboverwaltung:**  
Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166, E-Mail: [daniela.linke@dgb.de](mailto:daniela.linke@dgb.de)

*Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)*

*Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.*

**HATTINGEN – SEMINARE**

**Rechte Jugendkultur:** In den letzten Jahren hat die Dynamik von rechter Jugendkultur zugenommen. In diesem Seminar wird versucht, die einzelnen Bereiche der rechten Subkulturen zu demaskieren. Es geht darum, die Lebenswelt und die Funktionsweisen extrem rechter Orientierung verständlich zu machen. Themen: Inhalte und Wertvorstellungen dieser Jugendlichen, die durch Verwendung von Codes, Symbolen und rechter Musik ihren Ausdruck findet.

*1. bis 3. September 2006. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen, Buchungscode REX 606268540*

**Deutsch-türkisches Seminar:** Mit jungen KollegInnen des türkischen Gewerkschaftsdachverbandes DISK wird sich über Arbeits- und Ausbildungssituation von Jugendlichen, Jugendarbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse unterhalten. Ziel des Seminars: gemeinsame Strategien und Perspektiven gewerkschaftlichen Handelns zu entwickeln.

*3. bis 9. September 2006. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen, Buchungscode DTJ 606278549*

*Anmeldungen: [www.dgb-jugendbildung.de](http://www.dgb-jugendbildung.de)*

**Abo-Coupon**

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

**An den  
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend  
Soli aktuell  
Henriette-Herz-Platz 2  
10178 Berlin**



Ich möchte monatlich  Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	